Chemnitz. Die [illegible] wurden [illegible] Demonstrationen Protest zu erheben. — Ueber Chemnitz ist auf Grund der Vorgänge vom 7. August der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden.

* Oberlungwitz. Die Bisamratte ist nun auch in den hiesigen Gewässern festgestellt worden. Im Rehbach wurde ein ausgewachsenes Exemplar mit neun Jungen gefangen.

* Auerbach i. V. Zur Sozialisierung des Begräbniswesens ist hier insofern ein beachtlicher Schritt vorwärts getan worden, als ein besonderer Ausschuß eingesetzt und diesem die Aufgabe gestellt wurde, das Begräbniswesen in die Bewirtschaftung der Gemeinde überzuführen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Antrag gestellt und angenommen, die Anlage eines Urnenheimes auf dem neuen Friedhofe in die Wege zu leiten und baldigst durchzuführen. Da der Bau eines Krematoriums in Auerbach für die nächste Zeit kaum in Betracht kommt, so machte der juristische Vertreter des Stadtrates darauf aufmerksam, es sei Gesetzesvorschrift, daß die Urnen auf kirchlichen Friedhöfen nur unter der Erde beigesetzt werden dürfen; die Anlegung des Urnenheimes also erst nach der Sozialisierung des Begräbniswesens geschehen könne.

Penig. Eine neue Industrie ist hier eingeführt worden. Mit einem Kostenaufwand von zweieinhalb Millionen Mark wurde hier eine Fabrik gegründet, in der hauptsächlich Fässer aus Papierfaserstoff hergestellt werden sollen. Die Produktionsfähigkeit wird auf 15 Millionen Fässer jährlich angegeben.

## Nichtamtlicher Bericht über die öffentliche Gemeinderatssitzung in Gröba

**(Zentralschule) am 4. August 1919.**

Anwesend Herr Gemeindevorstand Hans als Vorsitzender, Herr Gemeindeältester Günther und 20 Gemeindevertreter. Entschuldigt fehlten die Herren Möbius und Lämmel.

1. Einem Vorschlage des Verwaltungs- und Wohlfahrtspflegeausschusses zufolge beschließt der Gemeinderat, nach Entgegennahme eines bezüglichen Berichtes des Herrn Gemeindevorstandes Hans, folgende Personen zur Vertretung der Gemeinde Gröba im Wohlfahrtspflegeverband des Bezirks des Amtsgerichtes Riesa zu bestimmen: a) für den Pflegeausschuß: Frau Berger, Frau Horn, Frau Hans, Herren Dr. Loleh, Waisenrat Gärtner, Lehrer Haubold, Direktor Zeisig, letzterer als Vertreter der Ortskrankenkasse, b) für die Verbandsversammlung: Frau Riemann, Frau Schäfer, Herren Gemeindevorstand Hans, Gemeinderatsmitglieder Hentschel, Horn, Schmidt. Auf Ansuchen des Herrn Matthäus erklärt sich das Kollegium einverstanden, auch einen Vertreter der bürgerlichen Partei zuzulassen und wählt Herrn Möbius anstelle des Herrn Horn, welcher zu dessen Gunsten freiwillig zurücktritt.

2. Zum würdigen Empfang unserer heimkehrenden Kriegsgefangenen hat der Verwaltungsausschuß folgenden Beschluß gefaßt, der von Herrn Schmidt vorgetragen und begründet wird: Jeder der in Frage kommenden 20 Kriegsgefangenen erhält ein Geldgeschenk und eine Blumenspende überreicht. Der Geldbetrag wird festgesetzt auf 50 Mark für Ledige und 75 Mark für Verheiratete. Infrage kommen diejenigen, welche z. Zt. von Gröba aus eingezogen und wieder hierher zurückkehren. Zur weiteren Unterstützung und Fürsorge der Heimkehrenden wird im Gemeindeamt eine Beratungsstelle errichtet werden. Dem Vorschlage des Ausschusses wird zugestimmt.

3. Die Spar- und Baugenossenschaft ersucht in einer Eingabe um Erlaß der Gemeindegrundsteuer. Berichterstatter Herr Matthäus gibt die Stellungnahme des Steuerausschusses in der Sache bekannt, welcher beschlossen hat, für die Jahre 1918, 1919 und 1920 in Anbetracht des gemeinnützigen Zweckes der Genossenschaft die Gemeindegrundsteuer auf je 50 Mark zu ermäßigen. Herr Führer beantragt, bei der Staatsregierung vorstellig zu werden, vom Jahre 1920 die Grundsteuer überhaupt in Wegfall zu bringen, um die Mieter der privaten Wohnungen gegenüber denjenigen in den Häusern der Baugenossenschaften nicht zu benachteiligen. Nach einer zustimmenden Erklärung der Herren Gartenschläger und Schmidt stimmt der Gemeinderat dem Beschluß des Ausschusses zu und macht den Antrag des Herrn Führer zu dem seinigen.

4. Herr Hentschel berichtet über die stattgefundenen Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes Sächsischer Gemeinden mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband über den aufgestellten Lohntarif. Von den vier Klassen fällt Gröba in die Klasse B, nach welcher folgende Stundenlöhne bestehen: Schlosser und Schmiede 1.75 M., angelernte Arbeiter 1.62 M., ungelernte Arbeiter 1.49 M. und Arbeiterinnen 0.79 M. Auf die Anfrage des Herrn Freudenberg, ob das Personal der Volksküche auch unter den Tarif fällt, folgt eine längere Aussprache. Frau Berger tritt warm dafür ein und bezeichnet die bisherige Entlohnung als eine unzureichende. Herr Gemeindeältester Günther weist darauf hin, daß eine Erhöhung der bisherigen Löhne die Rentabilität der Volksküche, eine weitere Preiserhöhung des Essens aber das ganze Unternehmen in Frage stellen und dann mit einer Entlassung des Personals gerechnet werden müßte. Bei der Entlohnung müßte übrigens auch berücksichtigt werden, daß das in der Küche beschäftigte Personal im Genuß freien Essens stünde, was in der Jetztzeit von nicht zu unterschätzendem Wert sei. Herr Münch tritt dafür ein, den Hilfsmaschinisten im Wasserwerk in die 1. Klasse des Lohntarifes einzureihen, da dieser seinen Dienst selbständig versieht. Herr Kießling wünscht, die Wartezeit für den Urlaub auf ein halbes Jahr abzukürzen. Den Abmachungen der beiden Organisationen stimmt der Gemeinderat zu. Die in der Sitzung geäußerten Wünsche sollen den zuständigen Ausschüssen übertragen werden.

5. Der Verwaltungsausschuß hat erneut zu der Frage Stellung genommen, wie den in erschreckender Weise überhand nehmenden Obst- und Felddiebstählen entgegenzutreten sei. Wie vom Berichterstatter Herrn Horn ausgeführt wird, habe der Ausschuß die von der Amtshauptmannschaft angeregte Gründung einer Einwohnerwehr abgelehnt, dagegen die Anstellung von vier Flurschützen beschlossen, die unter Leitung der Schutzmannschaft ihren Dienst versehen werden. Die entstehenden Kosten sollen je zur Hälfte von der Gemeinde und von den Flurstücksbesitzern getragen werden. Herr Krausbe hält es für zweckmäßig, daß die Polizeistube nachts wieder geöffnet und ein Schutzmann immer zugegen ist. Herr Gemeindevorstand Hans beleuchtet die Schwierigkeiten dieser Maßnahme, die in der geringen Zahl der Schutzmannschaft begründet ist, wobei noch Urlaubs- und Krankheitsfälle innerhalb derselben zu berücksichtigen seien. Eine Vermehrung der Schutzleute werde unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Erwägung gezogen werden müssen. Herr Enzmann sieht in der Kleinviehzucht einen wesentlichen Grund für das Ueberhandnehmen der Felddiebstähle. So müsse z. B. [illegible] Herr Freudenberg hält es für [illegible] Gröba sei Zuschußgebiet, sodaß eine Ausfuhr in andere Bezirke sich schon von allein verbiete. Herr Matthäus bringt zum Ausdruck, daß in erster Linie die Allgemeinheit an der Erhaltung der Ernte das größere Interesse habe, unter Hinweis darauf, daß diese beschlagnahmt sei. Herr Schmidt schildert mehrere Fälle von Felddiebstählen grassester Art. Die Futterdiebstähle seien unbeschreiblich. Besonders heimgesucht sei ein Landwirt, der sich durch hohe Milchabgabe in der Gemeinde besondere Anerkennung verdient habe. Eine Vermehrung der Schutzmannschaft sei nicht mehr zu umgehen. Herr Apelt berichtet über den angerichteten Schaden in den Rittergutsfluren. Herr Krausbe macht darauf aufmerksam, daß für die Kleinviehzüchter genug Futter auf dem Exerzierplatz am Gucklitz wachse, und die Heimsuchungen der Kleefelder unterbleiben könnten. In einem Falle habe er 15 Mann auf einmal beim Kleestehlen betroffen. Von einer Abgabe der hiesigen Produkte an andere Bezirke, wie Herr Freudenberg behaupte, könne nach seiner Ueberzeugung nicht die Rede sein. Nach Meinung des Herrn Hentschel könnten die Felddiebstähle durch den Flurschutz nicht aus der Welt geschafft werden. Das Grundübel der bedauerlichen Erscheinungen seien die Folgen des Krieges, der Schleichhandel und die Wucherpreise, wofür die Regierung verantwortlich zu machen sei. Hierauf beschließt der Gemeinderat, mit den Landwirten wegen Verteilung der Kosten nochmals zu verhandeln, und die Einstellung von vier Flurschützen zu genehmigen.

6. Nach einem Bericht des Herrn Ortsbaumeisters Langer stimmt das Kollegium dem Vorschlage des Bauausschusses zu, die Installationsarbeiten der Gas- und Wasserleitungsarbeiten für die Kleinwohnungsbauten in 5 Losen an die Firmen Martin Nchf., Dresden, Stärke, Dresden, Klempnermeister Kießler und Storl in Gröba auf Grund der eingereichten Kostenanschläge zu vergeben.

7. Ueber die vom Bauausschuß beschlossenen Vergebungen der Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten für die zweite Kleinwohnungsbaugruppe an der Oststraße in fünf Losen berichtet ebenfalls Herr Ortsbaumeister Langer. Es sind überschrieben worden: Los 1: 1 Geschäftshaus für den Konsumverein Baumeister Schneider, Riesa, Los 2: 2 Häuser mit 12 Wohnungen Baumeister Zäncker, Riesa, Los 3: 1 Mittelbau mit sechs Wohnungen Baumeister Förster, Riesa, Los 4: 2 Häuser mit 12 Wohnungen Baumeister Henrig, Gröba, Los 5: 2 Häuser mit 12 Wohnungen und 1 Laden Baumeister Helm, Riesa. Die Arbeiten sollen so gefördert werden, daß die Wohnungen nach Möglichkeit am 1. Januar 1920 bezogen werden können. Der Gemeinderat tritt dem Beschlusse des Bauausschusses bei.

8. Die Steinsetzerarbeiten für die Pflasterung der Riesaer Straße einschließlich der Steinlieferung für die Fußwege wird dem Steinsetzmeister Haase in Gröba zum Preise von 18870 Mark übertragen. Die Lieferung der Pflastersteine für die Fahrbahn wird der Firma Kunath, Dresden, in Auftrag gegeben, nach vorheriger Besichtigung durch Herrn Gartenschläger.

9. Durch die starke Inanspruchnahme des Wasserwerkes ist, wie vom Berichterstatter Herrn Ortsbaumeister Langer ausgeführt wird, das Untergrundwasser sehr zurückgegangen, sodaß die Ergiebigkeit sehr zu wünschen übrig ließe. Der Wasserwerksausschuß sei sich deshalb schlüssig geworden, eine Erweiterung der Wasserwerksanlagen vorzunehmen und habe beschlossen, auf den Rittergutswiesen zwischen Merzdorf und Canitz vier Versuchsbohrungen zur Anlegung eines Hilfswasserwerkes auszuführen. Der Gemeinderat schließt sich diesem Vorschlage des Ausschusses an und beschließt weiter, die erforderlichen Gußröhren für die Ausführung von 4 Rohrbrunnen bei der Akt.-Ges. Lauchhammer zu bestellen.

10. Der Gemeinderat nimmt von folgenden Mitteilungen des Herrn Gemeindeältesten Günther Kenntnis: a) daß die Bewilligung von Ueberteuerungszuschüssen für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Georgplatz, eines Verkaufsstandes und Schlauchwagenraumes abgelehnt worden seien und der Gemeinderat daher beschlossen habe, von dem Bau der Anlagen in Anbetracht der hohen Kosten z. Zt. Abstand zu nehmen; b) daß der gewählte Vollstreckungsbeamte Gerber aus Kerchau der ungünstigen Wohnungsverhältnisse wegen sein Amt nicht antreten will; c) daß der Gemeinderat beim Begräbnis der Ehefrau des Rittergutsadministrators Bergan durch die Herren Gemeindevorstand Hans, Gemeindeältesten Günther und Hentschel vertreten war und eine Kranzspende am Grabe niederlegen ließ; b) von der Errichtung einer Nebenstelle des Mieteinigungsamtes bei Herrn Rechtsanwalt Mende in Riesa. Herr Schmidt weist darauf hin, daß die Gröbaer Einwohner sich in Mietsfragen auch auf dem Gemeindeamt beraten lassen können.

11. Herr Freudenberg erinnert an die Herausgabe des Kleinnotgeldes für den Bezirk Großenhain unter Hinweis auf die bestehenden Mißstände. Es soll nochmals dieserhalb an die Amtshauptmannschaft herangetreten werden.

12. Herr Enzmann weist darauf hin, daß in der Teigwarenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine große Mengen Nudeln lagern, die bei der gegenwärtigen Kartoffelnot doch besser für die Verteilung freigegeben werden möchten, anstatt diese dem Verderben und der Rattenplage auszusetzen. Herr Hannes wird beauftragt, dem Ernährungsausschuß in Großenhain die Angelegenheit vorzutragen.

13. Herr Matthäus spricht den Wunsch aus, daß bei der bevorstehenden Verteilung von Frühkartoffeln in erster Linie diejenigen Einwohner bevorzugt werden möchten, welche im vorigen Herbste der behördlichen Aufforderung über Kartoffelabgabe pflichtgemäß nachgekommen seien, da bei diesen naturgemäß die Notlage eine größere sei als bei jenen, die Kartoffeln nicht abgegeben haben. Herr Gemeindeältester Günther hält diesen Wunsch für schwer durchführbar, so gerechtfertigt er sei und bemerkt, daß die wenigen Pflichttreuen in diesem Falle die Schlauen gespielt haben. Im übrigen werde sich die Belieferung und Verteilung der Kartoffeln sehr bald zur Zufriedenheit regeln. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

**Die Streiks in Deutschland.** In Oberschlesien geht der Streik weiter, aber es ist alles ruhig. Die vom Grenzschutz eingestellten Arbeiter werden von den Streikenden verhindert, die Arbeit aufzunehmen. Im mitteldeutschen Kalirevier ist die Streiklage unverändert. Zusammenstöße sind nirgends vorgekommen. Die Verhandlungen über den Abbruch des Streiks sind noch zu keinem Ergebnis gelangt. Nach wie vor zeigt sich die große Masse der Arbeiter arbeitswillig, unterwirft sich jedoch, wie aus Berlin verbreitet wird, dem Terror der Minderheit.

**Zur Regelung des deutschen Truppenkontingentes** wird eine Ententekommission gebildet, die auch die Frage erledigen soll, ob die 50 Kilometer-Zone deutsche Garnisonen behalten darf oder nicht.

**Die bayerischen [illegible]** [illegible]. Ihre Zentrale befindet sich in Hof, wobei lebhafter Waffenschmuggel getrieben wird.

**Falschmeldungen.** Das Gerücht von einer Verbreiterung der neutralen Zone durch die Entente entspricht nicht den Tatsachen. An den zuständigen Stellen ist davon nichts bekannt. — Die Mitteilung einiger Berliner Zeitungen, daß der Kommandant des Gefangenenlagers in Kassel, Generalmajor z. D. Kruska, bereits eine Anklageschrift der Entente zur Stellung vor dem Ententegerichtshof erhalten habe, trifft nicht zu. Ein solcher Schritt der Entente ist nicht möglich, da der § 228 des Friedensvertrages ausdrücklich vorsieht, daß alle von der Entente für die Auslieferung vorgesehenen Personen zunächst der deutschen Regierung namhaft gemacht werden müssen. Das ist bislang nicht geschehen.

**Neue Lohnverhandlungen im Baugewerbe.** Die für das Baugewerbe in Betracht kommenden Organisationen der Arbeitgeber und -nehmer haben am 1. April d. J. im Reichsarbeitsministerium einen Reichstarif abgeschlossen, der bis zum 31. März 1920 Geltung haben soll. Es wurde dabei aber folgende besondere Vereinbarung getroffen: „Bei wesentlichen Aenderungen der Preise für den Lebensunterhalt ist jede Partei berechtigt, beim Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen über die Lohnfrage zu beantragen. Diesem Antrag muß seitens der andern Partei binnen 14 Tagen stattgegeben werden, jedoch dürfen Verhandlungen nicht vor dem 15. Juli 1919 beantragt werden." Von dieser Ausnahmebestimmung haben die Arbeitnehmerverbände jetzt Gebrauch gemacht und einen diesbezüglichen Antrag beim Reichsarbeitsministerium eingereicht. Verhandlungen darüber werden am 12. August stattfinden.

**Angestellten-Tarif.** Die dreitägigen Tarifverhandlungen zwischen dem Verband der Metallindustriellen und den Vertretern der Angestellten im Reichsarbeitsministerium unter Leitung des Regierungsrats Sitzler haben zu einer vollen Einigung über die grundsätzlichen Fragen geführt. Die beiden Parteien werden nunmehr über die endgültige Formulierung allein weiter verhandeln, sodaß mit einem schnellen Abschlusse des Tarifvertrages zu rechnen ist.

**Gegen die Monopolisierung der Zündholzherstellung.** Der Vorstand des Vereins deutscher Zündholzfabrikanten hat eine Entschließung angenommen, in der er sich gegen die geplante Monopolisierung der Zündholzherstellung ausspricht.

**Bayern und die Erzbergerschen Finanzpläne.** Im Finanzausschuß der bayerischen Volkskammer teilte Finanzminister Speck mit, daß von bayrischer Seite aus gegen die Erzbergerschen Pläne Stellung genommen worden sei. Was Bayern anbelangt, würde das Reich die schwebende Schuld Bayerns übernehmen, welche bis April nächsten Jahres 550 Millionen Mark betragen werde. Der Minister befürwortete unter den gegebenen Verhältnissen die Vertagung der bayrischen Steuervorlage. Redner sämtlicher Parteien erklärten sich mit dem Vorschlage einverstanden. Der Ausschuß faßte einen Beschluß dahingehend, die Steuervorlage auf unbestimmte Zeit zu vertagen. — Bayerische Blätter erhielten von unterrichteter Stelle Vorschläge des Finanzministers Speck für einheitliche Grundsätze der Erhebung der Einkommensteuer in den Freistaaten. Die Länder sollen verpflichtet werden, bis zum 1. April n. J. eine allgemeine progressive Einkommensteuer einzuführen und von den jährlichen Erträgnissen dieser Steuer 40% an die Reichskasse abzuliefern. Die Einhaltung dieser Grundsätze soll durch Reichsbevollmächtigte sichergestellt werden.

**Die Lage im Bergbau.** Aus Dortmund wird gemeldet: Von dem Reichskommissar wurde festgestellt, daß keine Besserung in der Kohlenversorgung eingetreten und nicht einmal der laufende Bedarf, geschweige denn die Eindeckung für den Winter in Aussicht gestellt werden kann. Ein Ausgleich der Förderausfälle infolge kürzester Arbeitszeit und Minderleistung erfordere für den Ruhrbergbau 150000 Arbeiter, deren alsbaldige Einstellung technisch unmöglich sei.

**Ein Appell an die Bergarbeiter Europas.** „Matin" veröffentlicht einen Appell Hoovers an die Bergarbeiter Europas, nicht nur das zu tun, was sie tun könnten, sondern das, was sie tun müßten. Der Achtstundentag dürfe nicht zu einer Arbeitszeit von 7 oder 6½ Stunden herabsinken. Er läßt keinen Zweifel daran, daß Amerika Europa nicht von der Kohlennot befreien könne. Denn nach seiner Berechnung fehlen in diesem Winter 20 Millionen Tonnen Brennmaterial monatlich für die Versorgung Europas.

**Eichhorn in der Nationalversammlung.** Der Abgeordnete Eichhorn, der ehemals sogenannte Polizeipräsident von Berlin, war gestern im Sitzungssaale der Nationalversammlung anwesend.

**Keine Korrektur an Tirpitz' Erinnerungen.** Im Hinblick auf die Veröffentlichung des „Berliner Tageblattes" vom 5. August, daß Großadmiral Tirpitz „Korrekturen" an seinen Erinnerungen vorzunehmen gedenke, legt dieser Wert darauf, zu erklären, daß weder ein amtlicher, noch ein nichtamtlicher Druck ihn veranlassen könnte, den Text seines Buches zu ändern.

**Tagung der Liga für Völkerbund in Frankfurt a. M.** Gelegentlich der internationalen Messe in Frankfurt a. M. im Oktober findet, wie die Telegraphen-Union erfährt, eine Tagung der deutschen Liga für Völkerbund statt, bei der Redner von internationalem Ruf über den Völkerbund sprechen werden. Dabei wird sich voraussichtlich Gelegenheit bieten, den auswärtigen Besuchern der Messe über die deutsche Auffassung vom Völkerbund und über Deutschlands Beteiligung an ihm aufzuklären.

### Deutsch-Oesterreich.

**Eine Verschwörung aufgedeckt.** Die Wiener Blätter melden die Verhaftung eines Mannes, der von einer anderen Person, deren Namen noch nicht bekannt ist, gedungen worden sein soll, den Präsidenten Seitz und den Staatskanzler Renner zu ermorden. Bisher ist es nicht gelungen, ein klares Bild der Angelegenheit zu gewinnen. Es besteht auch noch keine Sicherheit darüber, welches die Beweggründe des Mordplanes gewesen seien. Die polizeilichen Erhebungen erstrecken sich namentlich nach der Richtung, ob etwa weitere Personen an der Verschwörung beteiligt seien.

### Holland.

**Aufhebung von Ausfuhrverboten.** Nach dem „Allg. Handelsbl." steht die Aufhebung der niederländischen Ausfuhrverbote für Rohwolle, Rohbaumwolle und Hanf unmittelbar bevor.

### Belgien.

**Verbot der Kohlenausfuhr.** Die belgische Regierung hat nach Meldungen aus Brüssel die Kohlenausfuhr nach anderen Ländern als nach Frankreich verboten.

### Frankreich.

**Wiederaufbau der Handelsflotte.** Die Regierung brachte in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, der einen Kredit von 1680 Millionen Francs für den Wiederaufbau der französischen Handelsflotte gewährt.

**Frankreich möchte die Mauritius-Inseln wiederhaben.** Nach einer Meldung aus Paris verlangten Abgesandte der französischen Bevölkerung von den Mauritius-Inseln die Rückgabe der Inseln an Frankreich, nachdem sie zu Anfang des 19. Jahrhunderts von den Engländern in Besitz genommen worden waren.

**Elsaß-Lothringen und die Wahlen.** Der französischen Kammer ging ein Gesetzentwurf zu betr. das Wahlstatut Frankreichs auf Elsaß-Lothringen zu übertragen. Provisorisch wird für die nächsten Wahlen die deutsche Wahlbezirkseinteilung aufrechterhalten.

**Malvy begnadigt.** Die Justizkommission der französischen Kammer nahm das Amnestiegesetz an und bestimmte, daß der ehemalige Minister Malvy in die Amnestie einbegriffen werde.

SLUB
Wir führen Wissen.